

Erscheint wöchentlich 6-mal.

Preis für Preßburg:
Ganzjährig 8 fl.; halbjährig 4 fl.;
vierteljährig 2 fl.; Zustellung in's
Haus per Monat 18 fr.; einzelne
Nummern 4 fr.

Auswärts mit Post bezogen:
Ganzjährig 11 fl.; halbjährig 6 fl.
50 fr.; vierteljährig 2 fl. 75 fr.

In Preßburg bekommt man bei der
Administration:
Apponyigasse Nr. 10.

Das Recht.

Inserate
werden bei der Administration des
Blattes angenommen und kosten:
Die 4-mal gespaltene Petitzeile bei
einmaliger Einrückung 4 fr., mehr-
malig entsprechender Rabatt; jedes-
malige Stempelgebühr 30 fr.
Zeitungsbestellungen und Zuschriften
erbitet man sich frankirt; unver-
seggelte Reclamationen wegen nicht
erhaltener Nummern sind portofrei.
Manuscripte werden nicht zurückgestellt.

Redaction: Wieringergasse Nr. 177

Conservativ-fortschrittliches Organ für Politik und Volkswirtschaft, für Wissenschaft, Kunst und Literatur.
Nr. 74. Freitag 31. März 1876. V. Jahrgang.

Pränumerations-Einladung

für das II. Quartal. Abonnementspreis:	
Für Preßburg:	
Per April	— fl. 67 fr.
" April bis inclusive Juni	2 " — "
" April " " September	4 " — "
" April " " Dezember	6 " — "
Mit Zustellung in's Haus per Monat	— " 18 "
Für Ungarn-Österreich:*)	
Per April	— fl. 92 fr.
" April bis inclusive Juni	2 " 75 "
" April " " September	5 " 50 "
" April " " Dezember	8 " 25 "
Mit freier Postzustellung.	

Die Einwendung des Pränumerationsbetrages von Seite der auswärtigen p. t. Abonnenten geschieht am billigsten und einfachsten mit Postanweisungen. Da wir noch eine ziemlich bedeutende Summe rückständiger Pränumerationsgebühren einzufordern haben, so bitten wir die Betreffenden um gleichzeitige Berichtigung derselben.

Die Administration des „Recht“,
Apponyigasse Nr. 10.

*) In Oesterreich besteht noch immer der Zeitungsstempel, welcher auch von außerösterreichischen Zeitungen eingehoben wird. Dieser ist an die dortigen Postämter von den p. t. Abonnenten besonders zu berichtigen.

Der Liberalismus und die Vereinigten Staaten von Amerika.

V. Wir besprachen unlängst nach dem Buche von Ohandio Bannet und der Darstellung der „Civiltä cattolica“ die sittlichen und politischen Grundlagen der großen nordamerikanischen Republik, kraft welcher dieselbe sich innerhalb einer so unglaublich kurzen Zeit zur Weltmacht aufzuschwingen vermochte.

Heute liegt es uns ob, zu zeigen, wie jenes Reich bereits den Culminationspunkt überschritten, und — weil es den ethischen Grundelementen seiner Blüthe widersteht — sich in der Gefahr raschen Sturzes befindet. Die Prinzipien und Gewohnheiten des Liberalismus sind auch dort die Ursachen des Verderbens, wie sie es bei den Monarchien der alten Welt sind.

Als Washington nach seiner zweiten Präsidentschaft sich vom öffentlichen Leben zurückzog, empfahl er seinen Mitbürgern auf's Dringendste, sich mit großer Sorgfalt vor dem Geiste der Neuerung zu bewahren. Diese Vorschrift war sehr weise, da jede Einrichtung durch dieselben Prinzipien erhalten wird, denen sie ihre Existenz verdankt. Es war jedoch schon damals vorauszuweisen, daß dieser Rath in die Länge nicht befolgt werden würde, da schon damals im Schoße der Conföderation zwei entgegengesetzte Parteien zu entstehen anfangen, die dann unter dem Einflusse der Freimaurerei nach und nach an Stelle der alten Grundzüge die Doctrinen des modernen Liberalismus einsetzten.

Das kunstvolle Gebäude der amerikanischen Verfassung bestand in der Harmonie zweier Souveränitäten, derjenigen der einzelnen Staaten und derjenigen der föderirten Union. „Unser Regierungssystem“, schrieb der amerikanische Publizist Seuman, „ist dualistisch. Das Volk eines jeden Staates ist zwei verschiedenen Regierungen und zwei verschiedenen Gesetzbüchern unterworfen, von denen beide in ihrem legitimen und ihnen eigenthümlichen

Kreise souverän sind: die eine föderal-nationale und mit den äußeren Angelegenheiten betraute Regierung, die andere in den inneren Municipal-Angelegenheiten. Das Volk ist einer jeden von beiden, im Kreise von deren Gerichtsbarkeit und Gewalt, Gehorsam und Treue schuldig.

Nun zeigte sich, wie dies nahe lag, selbst unter den ersten Gründern der amerikanischen Freiheit eine Neigung, die Gewalt der föderalen Autorität der einzelnen Staaten zu vergrößern und aus ihnen entstand die Partei der sogenannten Föderalisten, welcher eine Partei der Republikaner entgegenstand, die nachher ihren Namen änderte und sich demokratisch nannte. Die erstere weniger volksthümliche löste sich bald auf und machte einer andern beinahe gleichförmigen, den Whigs, Platz, und als auch diese verschwand, erhob sich eine dritte Partei mit radikaler Richtung, die den Namen der Republikaner annahm, welchen die entgegengesetzte Partei, wie bereits erwähnt, aufgegeben hatte.

Diese neue Partei strebte in Uebertreibung der föderalen Idee offen die Errichtung einer Central-Republik an, mit Nichtachtung der bestehenden Rechte, und verknüpfte mit dieser Idee die der Souveränität des Volkes, welche sie sich in den Freimaurer-Logen angeeignet hatte. Diese Partei findet heute große Unterstützung durch die deutschen Einwanderer, welche zum größten Theile von sozialistischen Theorien durchdrungen sind und deren immer wachsende Anzahl den nationalen Character des amerikanischen Volkes merklich verändert hat.

Die Gegnerin der Republikaner, die demokratische Partei, welche an der Souveränität der einzelnen Staaten festhält, ist gewiß in diesem Punkte conservativ; aber trotzdem war auch sie von Anfang an von freimaurerischen Einflüssen durchdrungen und sie ist die Ursache des ersten Verderbens in den besonderen Verfassungen der einzelnen Staaten. Jefferson, der sich zum Haupt derselben machte, als er Anfangs sich als Republikaner bekannte, war Freimaurer und ein eifriger Förderer der Volkssouveränität im traurigsten Sinne des Wortes. Er fand die alten Einrichtungen nicht demokratisch genug und jagte in einer Kritik derselben: „Wir bilden uns ein, daß Alles, was nicht Monarchie ist, Republik sei. Wir haben uns noch nicht aufgeschwungen bis zu der ursprünglichen Idee, daß die Regierungen republikanisch sind in dem Grade der Genauigkeit, mit welcher sie den Willen ihres Volkes ausdrücken und ausführen. Deshalb beruhten unsere ersten Verfassungen auf gar keinem Prinzip.“ Als er nach der zweimaligen Präsidentschaft Washingtons und der gleichfalls zweimaligen des John Adams Präsident geworden, bemühte er sich, sein Ideal zu verwirklichen, worin ihn die Freimaurerei unterstützte, deren Logen sich allmählig in allen Ländern der Union vermehrten. (Heute ist die Zahl der Freimaurer-Logen in den Vereinigten Staaten bis zu der ungeheuren Höhe von 6.000 gestiegen.) Von da an riß die liberale Neuerungswuth ein (die Freimaurerei ist nur der in Gesellschaften organisirte Liberalismus), und die Verfassungen der einzelnen Staaten erlitten nach und nach durchgreifende Ummwälzungen. Zwischen 1840 bis 50 wurde fast überall die allgemeine Abstimmung bei der Wahl nicht nur der zur Gesetzgebung zu Berufenden, sondern sogar der bürgerlichen Obrigkeit eingeführt, und so wurde nicht mehr die väterliche

Autorität und das Eigenthum, sondern die natürliche Unabhängigkeit der Individuen als Quelle der Autorität betrachtet. Die Zahl trat an den Platz des Rechts.

Eine der verderblichsten Folgen dieser neuen Richtung der sozialen Zerrüttung war der Unabhängigkeits-Krieg, welcher auf ein Paar der amerikanischen Republik den gänzlichen Untergang gebracht. Dieser bellagenswerthe Krieg verdankt, wenn man es recht erwägt, sein Entstehen den liberalen Ideen, durch welche der bürgerliche Geist dieses hochherzigen Volkes verderbt wurde.

Vergleichen Ideen trieben einen Theil der Nation, die Staaten des Nordens in der Frage der Sklaverei zum Vorwande zu nehmen, um die Autonomie der einzelnen Staaten zu stürzen und verhinderten den andern Theil, die Südstaaten, jenen Vorwand selbst hinwegzuräumen, wie ihnen die Moral und die Klugheit gebot. Indem sie dem Congresse das Recht absprachen, ihnen die Emanzipation der Sklaven zu gebieten, hatten die Südstaaten das juridische Recht auf ihrer Seite, nach welchem jene gebieterische Vorschrift eine Beleidigung der Souveränität der einzelnen Staaten in Bezug auf die bürgerliche und staatswirthschaftliche Jurisdiction war. Den Südstaaten aber stand die Moral entgegen, insofern sie darauf beharrten, eine Einrichtung aufrecht zu erhalten, welche nicht nur der christlichen Nächstenliebe, sondern der natürlichen Gleichheit der Menschen widersprach. Sie hätten, in Nachahmung dessen, was früher die Kirche in dieser Sache gethan, nach und nach diesen Ueberrest der heidnischen Ungerechtigkeit vertilgen und auf dem Wege der Gesetzgebung schleunig die Ausführung beginnen sollen. So hätten sie diese so gewaltige Waffe den Händen ihrer Gegner entwenden können. Aber die liberalen Grundzüge hätten nicht einmal eine darauf hieselnde Beratung erlaubt. Ein solcher Grundsatz lautet, daß die öffentliche Meinung die Gebieterin der menschlichen Gesellschaft ist und über Recht und Gerechtigkeit entscheidet; deshalb könne man ihr nicht widersprechen, ohne schon hiedurch sich mit dem Verbrechen des Hochverrathes zu beladen.

Die öffentliche Meinung nun, die hauptsächlich durch die Presse vertreten wird, verbot in den Südstaaten unter den schrecklichsten Drohungen zu Gunsten der Sklaven-Emanzipation auch nur zu muskeln. Wir wollen aus unzähligen Beispielen nur zwei anführen. Ein in Augusta (Georgia) erscheinendes Blatt sagte ausdrücklich: „Es ist eine Nothwendigkeit, daß die Südstaaten Jeden, der die Aufhebung der Sklaverei verlangt, hinrichten lassen, und daß man einen solchen Mann tödtet, wo und wann man ihn finden mag.“ Und ein anderes Blatt in Columbia (Süd-Carolina) schrieb: „So wie sich Jemand untersteht, von der Unstittlichkeit und Gefährlichkeit der Sklaverei zu sprechen, gehört es sich, daß man ihm augenblicklich die Zunge abschneide und sie auf den Mist werfe.“ Auf solche Weise schreckte der liberale Depotismus der öffentlichen Meinung die Gutgesinnten zurück und brachte Jeden zum Stillschweigen, der sich mit dem Gedanken getragen hatte, einen Plan über die Abschaffung der Sklaverei vorzubringen.

Im gegnerischen Lager wirkten ebenfalls die liberalen Ideen in Gestalt des Radikalismus, welcher sehnlichst wünschte, an Stelle der Souveränität der Staaten die Souveränität des Volkes zu setzen, verkörpert in dem demokratischen Cäsarismus einer centralisirten Republik. Diese Partei erhob die

Fahne der Abolition (Abichaffung der Sklaverei) nicht aus aufrichtiger Menschenliebe, wohl aber wegen deren Anziehungskraft auf gutgesinnte Menschen, welche die Sklaverei verabscheuten. Ihr wahres Ziel aber war, die locale Autonomie und die Souveränität der Staaten zu vernichten, um an Stelle derselben den revolutionären Ideen gemäß die Allgewalt des Congresses zu setzen. Dies geht besonders aus dem Verhalten hervor, das sie nach erlangtem Siege einhielten. Sie begnügten sich nicht damit, die Befreiung der Sklaven zu bewirken, sondern ließen es sich besonders angelegen sein, die einzelnen Staaten zu bloßen Provinzen herabzudrücken, und in jeder derselben die innere politische Organisation von der Verbindung mit den traditionellen Einrichtungen abzuschneiden. Um diesen Zweck um so leichter zu erreichen, ergoß sich eine Masse radikaler Yankee's in die Südstaaten, und rissen, nachdem sie sich die 4 Millionen Neger als blinde Werkzeuge zugeeilt hatten, Alles an sich. Dies war ihnen um so leichter möglich, als alle Weißen, welche an dem Aufstande in irgend einer Weise durch Ausübung auch nur des geringsten bürgerlichen oder militärischen Amtes Theil genommen hatten, des Wahlrechtes in ihrem eigenen Staate beraubt worden waren. So fielen die Gewalt der inneren Gesetzgebung und die Beamtenstellen entweder in die Hände von Radikalen oder von unwissenden und rohen Negern. Auf Grundlage dieser Thatfachen kann man sich die Niederlage der alten Geizege vorstellen, und die nichtswürdige Regierung in jedem Zweige der Verwaltung, besonders des richterlichen. Hierzu kommt noch der militärische Despotismus, unter welchem die Südstaaten viele Jahre seit ihrer Unterwerfung seufzten, und ihre Ausschließung von der Wahl des Präsidenten während derselben Zeit, sowie die Unfähigkeit, Abgeordnete und Senatoren zum Congress und Senate zu senden. So wurden sie lange Zeit nicht besser wie eroberte Länder behandelt und die Theilnahme an den erworbenen Rechten wurde ihnen nicht eher gewährt, als bis sie ihre innere Verfassung nach den von den Siegern vorgeschriebenen Regeln abgeändert hatten.

Die größte Veränderung, welcher die Besiegten unterworfen wurden, war die Einführung der allgemeinen Wahlen, der sie sich fügen mußten, um nicht die Zahl ihrer Vertreter beim Congress vermindert zu sehen. Die Radikalen haben nach ihrem Siege die allgemeine Wahl durch das 14. und 15. Amendement der Constitution gewissermaßen unter die Sanction der Vereinigten Staaten gestellt, und jeden Abänderungsversuch unmöglich gemacht. Das eine jener Amendements verbietet jedem Staate, Jemand wegen seiner Farbe, seinem Volksnamen oder seinem früheren Zustande der Sklaverei von dem Wahlrechte auszuschließen; das zweite ordnet an, daß die Anzahl der Vertreter der einzelnen Staaten im Congress nicht mehr deren Bevölkerungsstand zur Basis hat, sondern die Zahl der Wähler, welche die Geizege derselben zur Wahl zulassen. Folglich ist es keinem Staate mehr möglich, das Wahlrecht auf vernünftige Grenzen zurückzuführen, ohne die Zahl seiner Repräsentanten im Congress vermindert zu sehen. Wahrhaftig eine liberale Manöverfalle!

Aus dem Reichstage.

Budapest, 29. März.

In der heute Vormittags um 10 Uhr eröffneten Sitzung des Abgeordnetenhauses, welcher die Minister Tisza, Széll, Póchy, Szlávay, Bedekovics anwohnten, schritt das Haus zur Wahl des Rechts-, des Petitions-, des Wirtschafts- und des Schlußrechnungs-Ausschusses, wobei sämtliche bisherige Ausschußmitglieder wiedergewählt wurden.

Ministerpräsident Tisza veranlaßt, daß vor dem 20 April. d. J. nöthigenfalls nur Sitzungen behufs Promulgirung sanctionirter Gesetze einberufen werden sollen und beantwortet dann 1. die Interpellation Iván Kukuljevich's wegen der Flüchtlinge aus Bosnien und der Herzegovina dahin, daß diese bisher so gastfreundlich von uns aufgenommenen Flüchtlinge nunmehr beruhigt in ihre Heimat zurückkehren und unserm Staate die bisher gebrachten großen finanziellen Opfer jetzt nicht mehr zugemuthet werden können. 2. Die Interpellation Ernst

Simon'y's wegen Heimbringung der Nische Franj Kálóczy's II., dahin, daß es noch nicht möglich gewesen, solche aufzufinden, die Regierung aber in ihren dießbezüglichen Nachforschungen nicht nachlassen werde.

Der Kommunikations-Minister Póchy antwortet auf die Interpellationen Frányi's, Ed. Szenczey's und Benj. Kállay's, daß er für die Heizung der Eisenbahnwaggons das beste Heizsystem einführen werde, und daß er die Regelung des Strombettes bei Paks und Gerjen, bei welcher die Bevölkerung aber ebenfalls mithelfen müsse, wie die Folgen der jetzigen großen Ueberschwemmung wohl in's Auge gefaßt habe und im Budget pro 1877 der Bedarf für das Dringendste eingestellt wurde.

Das Haus nimmt sämtliche Interpellations-Beantwortungen zur Kenntniß.

Hierauf richtet Gydyus Berzeviczy eine Interpellation an das Gesamtministerium bezüglich Reduction des Präsenzstandes der Armee, welche Ministerpräsident Tisza sogleich dahin beantwortet, daß die Regierung es als ihre Aufgabe betrachte, bei Feststellung des gemeinsamen Budgets auch in dieser Angelegenheit allen ihren Einfluß derart geltend zu machen, wie sie es im Interesse des Landes für ihre Pflicht halte. Das Haus möge inzwischen den Bestrebungen des Ministeriums sein Vertrauen nicht entziehen.

Auch diese Interpellation wird zur Kenntniß genommen und sodann das Haus über Oestern vertagt.

Politische Uebersicht.

Presburg, 30. März.

Die „Bud. Corr.“ meldet, daß die Minister sich heute Abend nach Wien begeben. Ministerialrath Köffinger und die Sectionsräthe Merfort und Baron Salmen reisen wahrscheinlich gleichzeitig mit den Ministern nach Wien.

Der Ministerialrath im Ministerium des Innern, Herr Lukács, ist für die überchwemmte Szegediner Gegend zum Regierungskommissär ernannt worden und begibt sich morgen Früh dahin.

In Oesterreich nahm vorgestern der n.-ö. Landtag den Bericht seines Schulausschusses über das Kapitel: Volksschulen, entgegen. Der Referent, Abg. Dumba, constatirte „den erfreulichen Aufschwung desselben“, indem er „mit besonderer Anerkennung die Verdienste der Commune Wien um Förderung derselben hervorhob; es sind in Niederösterreich im abgelaufenen Jahre nicht weniger als fünfzig neue Klassen für Volksschulen errichtet worden.“ Wenn es nur mit der Errichtung neuer Klassen und neuer Schulen gethan wäre! Aber leider halten die Fortschritte in der intellectuellen, religiösen und moralischen Erziehung und Ausbildung der Schuljugend keineswegs gleichen Schritt mit der Vermehrung der Schulen. Die heutige Schuljugend lernt so wenig als möglich und ihre sittliche Verwahrlosung hat einen entsetzlichen Grad erreicht, so daß der Menschenfreund nur mit Bangen und Schaudern das Heranwachsen sehen kann, deren hervorstechendster Charakterzug eine entsetzliche Kothheit des Geistes und des Herzens sein wird, welche zu allen Frevelthaten gegen Gott und die menschliche Gesellschaft fähig macht.

Zum „Culturkampf“ ist zu melden, daß das vom Berliner Kirchengerichtshof erlassene Absetzungserkenntniß gegen den Bischof von Münster am 23. d. M. an die Thüre des bischöflichen Palais angelagelt wurde. Es enthält mehr als 60 engbedruckte Seiten.

Das preussische Obertribunal hat ausgesprochen, daß die Abhaltung von Hausandachten seitens eines Geistlichen, bei welchen sich nur die Familienglieder unter Ausschluß aller anderen Personen und der Oeffentlichkeit betheiligen, nicht als geistliche Amtshandlung im Sinne der Maigeetze anzusehen ist und daher auch nicht der maigeistlichen Staatserlaubnis bedarf.

Die Eisenbahnvorlage ist, wie bereits gemeldet, an das preussische Abgeordnetenhaus gelangt. Wenn man in den Mittelstaaten zu lesen versteht, dann wird man in den Motiven zu dieser

Vorlage den bündigsten Beweis finden, daß über kurz oder lang ihren Bahnen dasselbe Schicksal droht, wie den preussischen. Es wird unzweideutig gesagt, der Eisenbahnbesitz des Reiches müsse sich „durch das ganze Gebiet der Eisenbahnen“ erstrecken, und es sei wünschenswerth, daß das Reich für alle Richtungen des Verkehrs je eine der für die Vermittlung desselben vorhandenen Routen im eigenen Besitze habe. „Wer Ohren hat, zu hören, der höre!“ bemerkt hierzu die „Germania.“

In Württemberg hat man schon gehört. Die württembergische Kammer wird sich demnächst eingehend mit der Eisenbahnfrage beschäftigen. In ihrer Sitzung am 28. d. M. beantragten Schmidt, Sarwey und Genossen, an die Regierung die Bitte zu richten, für Herstellung eines Reichsbahngezezes zu sorgen, um den Uebergang der deutschen Bahnen in den Reichsbesitz zu verhindern. Elben und Genossen beantragen, die Regierung solle streben, daß die deutschen Bahnkalamitäten beendet werden, und wenn sie nur zwischen dem Uebergange der preussischen Bahnen an das Reich oder dem Ankaufe der preussischen Privatbahnen durch Preußen die Wahl habe, möge sie dem ersteren Schritte beitreten. Desterlein und Genossen interpelliren den Minister des Außern, was die Regierung von dem Reichsbahnprojekte wisse, wie sich die Regierung dazu verhalte und welche Rechtsauffassung sie bezüglich der Erwerbung der Bahnen des Reiches für Württemberg habe. Die Beantwortung der Interpellation und die Berathung der Anträge wurde für heute, Donnerstag, erwartet.

In Italien hat sich am 28. d. das neue Ministerium dem Parlamente vorgestellt und in demselben sein Programm entwickelt, dessen Grundlage schon sein journalistisches Organ „el Diritto“ richtig skizzirt hatte. Es ist ein offenes „Culturkampf“programm, und kündigt bereits zwei Culturkampfgezeze über die „ausgedehntere Sicherung der Gewissensfreiheit“ (das heißt über die engere Fesselung der Kirche) und über die Verwaltung des Kirchenvermögens (das heißt über eine neue Vererbung der Kirche) an. Der Ministerpräsident Depretis sagte bei der Entwicklung des Programms u. A.: Die Regierung werde die Reform des politischen Wahlgezezes „im Sinne wahrer Freiheit“ (?) und der unanfechtbaren Aufrichtigkeit des nationalen Willens durchführen. Desgleichen ist es notwendig, die Incompatibilität der Deputirten, die Verantwortlichkeit der öffentlichen Functionäre, die Verbesserung der Lage derselben und die Rückkehr des Richterstandes zur unbedingten Unabhängigkeit festzustellen. Das Ministerium wird bestrebt sein, die Gesetzgebung des Reiches zu vollenden. In der Kirchenpolitik werde das Cabinet weder aggressiv, noch feindlich vorgehen; gleichzeitig aber werde es sich zu keiner Vereinbarung herbeilassen. Es wird die bestehenden Gezeze streng beobachtet, behalte sich jedoch vor, Gezezewürfe betreffs ausgedehnterer Sicherung der Gewissensfreiheit, sowie betreffs Verwaltung des Kirchenvermögens vorzulegen. Die Regierung wird auch für den obligatorischen Volksunterricht Vorjorge treffen. Die auswärtige Politik wird das Ministerium mit derselben Klugheit leiten, wie das abgetretene Cabinet, dabei aber nicht vergessen, daß Italien auch in der Sympathie der civilisirten Völker jene Zustimmung suchen müsse, die es bei den Regierungen gefunden. Bezüglich der Eisenbahnconventionen wird das Ministerium die Trennung und den Rückkauf der oberitalienischen Bahnen acceptiren, aber vielleicht den Betrieb nicht übernehmen, ausgenommen wahrscheinlich nur in transitorischer Weise. Die Regierung wird aber dafür sein, daß der Betrieb eines Theiles der genannten Bahnen übernommen werde. Auf die finanziellen Verhältnisse des Staates übergehend, sagt Depretis, er erkenne an, daß sich dieselben in den letzten Jahren sehr gebessert haben; er glaube aber, daß die mögliche Grenze noch nicht erreicht ist, indem der Zwangsturs noch immer als Drohung verbleibt. Das Ministerium wird hierauf seine ganze Aufmerksamkeit richten. Es wird auch auf die Verbesserung des Steuerystems bedacht sein. Weiter verspricht es, die bezüglich der Handelsverträge schwebenden Verhandlungen im Sinne der Handelsfreiheit zu prüfen. Schließlich erklärt der Ministerpräsident, die Regierung dürfe keine Partei sein und werde die Mitwirkung aller Jener

völlig verschwundene Vertrauen wieder herzustellen, hat sich die Lage der Börse heute nicht weiter verschlimmert, Creditactien haben sich sogar wieder etwas gebessert.

(Die Fruchtpreise) sind, mit Ausnahme von Hafer, in Folge der eingetretenen günstigen Witterung im Sinken begriffen. Es notiren: Frühjahrsweizen fl. 10.40—10.45, Ujance-Korn fl. 8.14—8.23, ungarisches Korn fl. 8.52—8.60, prompter Hafer fl. 9.64—9.73, Frühjahrsbaser fl. 9.46—9.55, prompter Mais fl. 5.80—5.90, Frühjahrsmais fl. 5.50—5.55.

Neueste Nachrichten.

Agafia, 29. März. Heute Mittags machten Ali Pascha und Wassa Pascha ihre Abschiedsvisiten und besuchten Nachmittags die Insel Lacroma.

Als positiv verlautet, daß die türkischen Funktionäre den Waffenstillstand verhorreszirt, in eine zwölfstägige Unterbrechung der Feindseligkeiten gegen die Insurgenten jedoch einwilligten.

Trebizje, 29. März. Die mündlichen Verhandlungen Rodich's mit den türkischen Funktionären wurden wegen absoluter Aussichtslosigkeit abgebrochen. Eine definitive Beendigung der Verhandlungen soll schriftlich vor sich gehen. Unterrichtete Kreise erklären jede faktische Transaktion mit den Türken wegen deren Starrsinn als schwer durchführbar.

Feuilleton.

Bestrafte Eitelkeit.

Einer wahren Begebenheit nachzählt von Heinrich Stobiger.

Die Vorstellung hatte begonnen, als Madame Dupont, die Gattin eines reichen Banquiers, ihre Loge betrat. Ihr erster Blick galt der Loge der Königin, und mit Freuden bemerkte sie, daß Marie Antoinette, bekanntlich eine leidenschaftliche Verehrerin der dramatischen Muse, ihren Platz bereits eingenommen hatte. Rasch warf sie den Ueberwurf ab und trat aus dem dunklen hinteren Theile der Loge in den vorderen hervor, wo sie, von Hunderten von Flammen bestrahlt, alsbald die allgemeine Aufmerksamkeit erregte durch ihre kostbare Toilette und besonders durch ihre herrlichen Brillanten, die von einer Größe und einem Feuer waren, wie man sie nur höchst selten zu sehen bekam. Eine Menge von Gläsern richtete sich auf den herrlichen Schmuck und dessen Trägerin, deren Eitelkeit jedoch durch das Aufsehen, das sie hervorrief, nur halb befriedigt war.

„Nein“, sprach sie zu sich selbst, „solange die Königin mich und meinen Reichtum nicht sieht und bewundert, solange werde ich nicht zufrieden sein. Ein bewundernder Blick von ihr wiegt die aller Anderen auf. — Aber wie soll ich ihre Aufmerksamkeit auf mich ziehen? Sie ist förmlich in dieses fade Trauerspiel verjunken. Doch vielleicht vermögen es die Blitze meiner Diamanten, ihre königlichen Blicke mir zuzuwenden. Ich will es versuchen.“

Madame stützte dabei ihre Arme, an denen zwei prachtvolle Armabänder funkelten, auf die Logenbrüstung und bewegte sie einige Male schnell umher, wodurch wirklich ein dem Blitze nicht unähnliches Leuchten und Strahlen entstand.

Dieses Manöver hatte auch den gewünschten Erfolg, denn die Königin wandte sich für einen Augenblick von der Vorstellung ab und warf der eiteln Frau einen, nur einen einzigen Blick zu. Ob Mißstimmung über die Störung, ob Bewunderung des prachtvollen Schmuckes in diesem Blick lag, ließ sich nicht leicht erkennen; doch Madame Dupont nahm das Letztere an und ließ nun ihrerseits den Blick triumphirend in allen Logen umherschweifen. In ihrer Eitelkeit wählte sie sich durch jenen Blick der Königin mit einem Male zur bedeutendsten Persönlichkeit im ganzen Theater erhoben.

Der erste Akt war vorüber und die Dame ruhte auf ihrem vermeintlichen Lorbeer, da öffnete sich die Thüre der Loge und ein Lakai in der königlichen Livree trat ein. Madame hatte nicht so bald den Mann erblickt, als eine Ahnung, die ihr

Herz in freudiger Erregung schneller schlagen ließ, sie durchzuckte und die bald zur berausenden Gewißheit werden sollte.

Nachdem sie der Lakai unterwürdig und mit großer Ehrerbietung begrüßt hatte, theilte er der aufmerksam Zubordhenden mit, wie Ihre Majestät die Königin ihre prachtvollen Armabänder bemerkt habe und nun den Wunsch nicht mehr bezümmen könne, diese Diamanten, die größten und schönsten, die sie je gesehen, auch in der Nähe betrachten zu können. Ihre Majestät lasse daher die gnädige Frau „bitten“ — dieses Wort betonte der Mann ausdrücklich, wodurch der Sturm in Madame's Busen noch mehr angefaßt wurde — ihr eines der Armabänder zur näheren Ansicht übergeben zu wollen. Sie werde sich nach dem Muster deselben ein Paar ähnlicher Bracelets anfertigen lassen. (Fortsetzung folgt.)

Wiener Börse vom 29. März.

	Preis	Wert
5proc. Papier-Rente	66.05	66 20
detto in Silber	70 —	70 20
ungarische Grundentl.-Oblig.	75 50	75 —
siebenbürgische	74 50	75 —
Weingebent-Abföngs-Oblig. 100 fl.	72 25	72 75
1864er Staatslose 100 fl.	130 75	131 25
1860er ganze	109 75	110 25
1860er Mittel	116 50	117 50
Credit 100 fl.	159 25	160 —
4pct. Dampfschiff	95 75	96 25
Diner	30 —	30 50
Graf Salm	38 25	38 75
„ Balfy	29 —	29 50
„ Starb	29 50	30 —
„ St. Genois	27 75	28 —
„ Waldstein	23 75	24 25
„ Reglevid	14 50	15 50
Rudolflose	13 60	14 —
100 fl.	70 50	71 50
Ungar. Prämien-Anlehen	21 —	21 50
Fürtenlose voll eingezahlt	—	—
Nationalbank	872	875
Creditanstalt d. z. 160 fl.	161 60	161 80
Credit. a. u. z. 200 fl. 5pct.	128 50	129 —
Anglo-Austrian 500 fl. Silber	68 40	68 60
Anglo-Hungarian 200 fl. Silb. 4pct.	—	—
Franco-Austrian	17 75	18 25
„ Hungarian	33 —	34 —
Nordbahn 1000 fl.	1787	1792
Staatsbahn	270 —	270 50
Lemberg-Tzernowiz-Jassy	126 —	127 —
Ung. Nordostbahn	103 50	104 50
Ung. Ostbahn	37 50	38 —
Siebenbürger Bahn	99 —	100 —
Ungar. Eisenbahnanlehen	99 —	100 —
Rand-Ducaten	5 47	5 48
Deft.-ung. 8 fl.-Goldst.	9 31	9 32
20-Markstücke	1 44	1 47
20-Francstücke	9 31	9 32
Silber	101 80	102 —

Pränumerations-Einladung

auf das in Wien erscheinende

Volksblatt für Stadt und Land.

Dieses Blatt erscheint in einer Ausgabe dreimal in der Woche; diese kostet ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl., vierteljährig 2 fl. mit Inbegriff der frankirten Postverendung. Dessen Inhalt ist so reichhaltig und vielseitig, daß es dem Leser in den meisten Fällen ein täglich erscheinendes Blatt ersetzen dürfte. — Eine andere Ausgabe des „Volksblatt für Stadt und Land“ erscheint einmal jede Woche und kostet mit Postverendung ganzjährig 4 fl., halbjährig 2 fl., vierteljährig 1 fl.

Diese Wochenausgabe enthält gewöhnlich folgende Rubriken: 1. Sachmännisch geschriebene Artikel über die wichtigsten Fragen unserer Zeit. 2. Eine Rundschau, in welcher die neuesten Ereignisse der ganzen Welt kurz besprochen und beleuchtet werden. 3. In- und ausländische Correspondenzen. 4. Wiener Neuigkeiten. 5. Tages-Nachrichten über interessante Vorfälle aus allen Theilen der Monarchie und des Auslandes. 6. Kirchliches. In dieser Rubrik bringt sie kurzgefaßt das Neueste, was sich auf kirchlichem Gebiete zugetragen hat; ebenso widmet sie 7. der Schule unter der Rubrik „Schulzeitung“ die größte Aufmerksamkeit. 8. Veröffentlichung in einer „Verens-Zeitung“ kurze Berichte über die Verhandlungen aller katholischen Vereine, soweit uns solche zugesandt werden. 9. Erscheint in dieser Wochenausgabe ein Auszug aus der amtlichen „Wiener Zeitung“ über Citationen und Urtheile. 10. Bringen wir die interessantesten Gerichtsverhandlungen. 11. Militärische Nachrichten. 12. Eine kurze Besprechung katholischer Zeitschriften und Broschüren. 13. Practische Winke für die Landwirtschaft. 14. Volkswirtschaftliche Nachrichten. In diesem Theile wird nicht bloß die Börse und Alles, was damit zusammenhängt, in wahrheitsgetreuer und unbefangener Weise besprochen, sondern derselbe enthält noch regelmäßig die Markt- und Handelsberichte, dann die Ziehungslisten aller bekannten Staats- und Privat-Loose-Anlehen und die amtlichen Getreidepreise von Wien und den Provinzen. 15. Wird in einer besonderen Beilage auch für Unterhaltung und Belehrung gesorgt. Diese Abtheilung enthält sehr spannende Erzählungen und kleinere erweiternde und erbauende Geschichten; ferner nützliche Recepte und Anleitungen zum practischen Gebrauche für Haushalt und Gewerbe; die neuesten Erfindungen aus allen Fächern des menschlichen Wissens, und endlich Scherz und Anekdoten.

Denjenigen aber, denen eine Auslage von 4 fl. jährlich zu viel sein sollte, oder die wegen Mangel an Zeit nicht jede Woche eine Zeitung lesen können, empfehlen wir den

„Pilger.“

Der „Pilger“ wird regelmäßig alle vierzehn Tage erscheinen, und zwar in der Weise, daß längstens Sonntag das Blatt in den Händen der Leser sein wird. Es wird jedesmal mindestens zwei Bogen stark sein und das Wichtigste und Interessanteste aus den oben angeführten zahlreichen Rubriken des „Volksblatt für Stadt und Land“ enthalten. Das Jahres-Abonnement beträgt nur 1 fl. Für Einen Gulden also wird der „Pilger“ den Abonnenten das ganze Jahr hindurch franco zugesandt werden; gewiß ein außerordentlich billiger Preis, der es auch den wenig Bemittelten möglich machen wird, dieses Blatt zu halten.

Dem „Volksblatt“ sowohl als auch dem „Pilger“ werden wir zeitweise Illustrationen begeben.

Die Redaction und Administration,
Wien, Postgasse Nr. 2.

Angekommene in Preßburg

am 29. März.

Grüner Baum. S. P. Böhm, Priv., Lepitz.
Graf Dezasse, Gutsbes., Tirmau. Basó, Gutsbes., Ung.
Altenburg. Laubner, Kaufm., Budapest. Bucher, Bau-
unternehmer, Tirmau. Bieral, Bauleiter, Wien. Din-
teibiller, Kaufm., Nürnberg. Schmidt, Priv., Wien.

Meteorologische Beobachtungen vom 29. März.

Zeit	Barometere- stand bei 0° C. in Millim. metr.	Temperatur nach Celsius	Thaumeter in Millim.	Feuchtigkeit in Procenten	Windrich- tung und Stärke (Stm.)	Wetter mit Wind- richtung bei 10 Uhr
7 U. M.	740.57	+ 8.5	6.0	79	S 1	CS 4
2 „ „	739.75	+ 19.2	6.7	41	S 1	CS 4
9 „ „	739.90	+ 12.6	8.2	76	SW 1	CS 10

Ezongehalt: während der Nacht 8, während des Tages 2.

Eisenbahn. Nach Wien: Courier-Zug: Abfahrt: 12 Uhr 22 M. Mittags; Personenzüge: 4 Uhr 21 M. Nachmittags; 4 Uhr 14 M. Früh; 7 Uhr 12 Minuten Früh.



**Vollständiges
Lager
von
Grabsteinen**

aus Marmor und Sandstein.

Der Gefertigte übernimmt auch alle Bestellungen von steinernen Marien- und Heiligenstatuen, sowie von Feldkreuzen mit Christusköpfen, und führt dieselben im Wege der Selbst-erzeugung correct und genau nach Angabe oder Zeichnung zu den billigsten Preisen aus.

**C. Kern,
Steinmetzmeister,
zunächst der Blumenthaler Kirche
in Preßburg.**